# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. [illegible]

## Anzeiger für das Erzgebirge

[illegible]

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. [illegible]

Nr. 133 — Donnerstag, den 9. Juni 1932 — 27. Jahrgang


# Preußen unter dem Druck des Reiches

## Finanzverhandlungen zwischen Preußen und Reich gescheitert

**Berlin**, 7. Juni. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, haben die Besprechungen, die am Dienstag beim Reichskanzler von Papen mit den Vertretern der preußischen Staatsregierung über die Uebertragung von 100 Millionen RM an Preußen aus Anlaß der Uebereignung der Siedlungsanteile stattfanden, kein positives Ergebnis für Preußen gehabt. Es hat sich herausgestellt, daß das Reich im Augenblick diese 100 Millionen an Preußen nicht überweisen kann, womit im preußischen Etat für 1932 ein ungedeckter Fehlbetrag von 100 Millionen zuzüglich eines kleineren sonst noch bestehenden Defizits entstanden ist. Wie das Nachrichtenbüro weiter meldet, ist noch am Dienstag nachmittag das preußische Staatsministerium unter Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Hirtsiefer zusammengetreten, um zu der nun entstandenen Lage Stellung zu nehmen. Man erwartet von dem Ausgang dieser Kabinettssitzung weittragende Beschlüsse in finanzieller und steuerpolitischer Hinsicht, mit deren Hilfe das Etatsdefizit gedeckt werden soll. Es ist dann mit einer Verkündung dieser Beschlüsse auf Grund der Ermächtigung der Staatsregierung zu rechnen und auch mit dem Erlaß des so ausgeglichenen Etats durch Notverordnung.

**Berlin**, 7. Juni. Die preußische Staatsregierung hat heute eine Kabinettssitzung abgehalten, die bis in die späten Nachtstunden hineindauerte. Der Vertreter des im Urlaub befindlichen Ministerpräsidenten, Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, und Finanzminister Klepper berichteten zunächst über die Verhandlungen, die sie heute mittag mit dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister über die aktuelle preußische Finanzfrage geführt haben. Es handelt sich dabei bekanntlich um die 100 Millionen, die das Reich dem preußischen Staat für das Verzicht auf Siedlungsansprüche zahlen will. Dieser Betrag ist unbedingt notwendig, wenn der preußische Staatshaushalt ausgeglichen werden soll. In den Verhandlungen, die mit dem Reiche unter dem Kabinett Brüning stattgefunden haben, war vereinbart worden, daß die 100 Millionen ab 1. April 1933 in fünf Raten zu zahlen sind. Auch in der heutigen Vormittagsbesprechung in der Reichskanzlei dürfte dieser Tatbestand einwandfrei festgestellt worden sein. Das Dilemma besteht aber wohl darin, daß die ursprüngliche Absicht, diesen preußischen Anspruch vielleicht durch Einschaltung der Reichsbank vorzufinanzieren, sich nicht durchführen läßt, während auf der anderen Seite der Betrag zur Ausbalanzierung des Etats für 1932/33 unbedingt erforderlich ist. Danach bleibt der geschäftsführenden Staatsregierung nichts anderes übrig, als den Etat durch Abstriche und entsprechende neue Steuern auszugleichen. Diesem Problem galt nun die Abendsitzung des Staatsministeriums. In politischen Kreisen sprach man davon, daß unter Umständen noch heute Nacht eine preußische Notverordnung herauskommen würde, durch die der Etatsausgleich hergestellt worden wäre. Diese Erwartung ist indes nicht eingetroffen. Das Kabinett hat sich vielmehr auf Mittwoch vertagt, weil die Ausschreibung umfangreicher neuer Steuern — namentlich jetzt vor der Wahl — doch wohl größeren Schwierigkeiten begegnet, als man außerhalb der verantwortlichen Kreise zunächst angenommen hatte. Das preußische Kabinett wird seine Beratungen also am Mittwoch fortsetzen. Ihre Vertagung geht wohl darauf zurück, daß man inzwischen mit den hinter dem geschäftsführenden Kabinett stehenden Parteien Rücksprache nehmen will.

Die Bemühungen um den Etatsausgleich sind schon deshalb außerordentlich ernst, weil man sich auch in preußischen Regierungskreisen darüber klar ist, daß ihr Fehlschlagen zwangsläufig zu der Einsetzung eines Reichskommissars führen müßte. Die Aussichten für diese Lösung gewinnen umsomehr an Boden, als nach der Erklärung der Nationalsozialisten, für sie komme nur ein Ministerpräsident aus ihren eigenen Reihen in Betracht, die parlamentarische Lösung der politischen Krise Preußens für die nächste Zeit als ausgeschlossen gelten muß. Nachdem Reichskanzler von Papen heute einen Beauftragten der NSDAP. empfangen hat, wird er im Laufe des Mittwochs noch eine Aussprache mit dem Führer der Zentrumsfraktion des Landtags, Steger, haben, der Dienstagabend wieder in Berlin eingetroffen ist. Es handelt sich dabei aber wohl nur noch um eine Formsache.

In Kreisen der geschäftsführenden preußischen Regierung ist man sich vollkommen darüber klar, daß sich die Einsetzung eines Reichskommissars in dieser Situation nur vermeiden läßt, wenn es gelingt, den Etat durch die geplante Schlachtsteuer und andere begreiflich unbequeme Maßnahmen auszubalanzieren. Ob das möglich ist, darüber dürften die Beratungen des Mittwoch Klarheit schaffen. Im Augenblick läßt sich nur noch feststellen, daß das preußische Problem ganz außerordentliche Aktualität gewonnen hat.

### Reichskanzler von Papen erbittet früheren Landtagszusammentritt

**Berlin**, 7. Juni. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, ist beim Präsidenten des preußischen Landtags am Dienstag ein Schreiben des Reichskanzlers von Papen eingegangen, worin der Landtagspräsident gebeten wird, das Plenum des preußischen Parlaments, das nach den bisherigen Dispositionen am 22. Juni wieder zusammentreten sollte, auf einen früheren Termin einzuberufen. Der Landtag soll dann den Versuch unternehmen, anstelle des geschäftsführenden Ministerpräsidenten Braun ordnungsgemäß die Wahl des neuen Ministerpräsidenten durchzuführen. Es ist anzunehmen, daß das Landtagspräsidium dem Wunsche des Reichskanzlers entsprechen wird, obwohl bisher zwischen den Parteien, insbesondere zwischen Zentrum und Nationalsozialisten, noch keine verbindlichen Besprechungen über die Wahl des Ministerpräsidenten erfolgt sind. Man weist in parlamentarischen Kreisen darauf hin, daß es für die Wahl des Ministerpräsidenten auch den Weg gäbe, daß der Kandidat der stärksten Fraktion, also der Nationalsozialisten, gewählt werden könnte bei Stimmenthaltung des Zentrums, und daß der neue Ministerpräsident dann gemäß der Verfassung an die Parteien sich wendet, aus deren Reihen er das Staatsministerium zusammenzusetzen wünscht. Dagegen wird dem genannten Büro in preußisch-politischen Kreisen erklärt, daß auch beim Scheitern der Wahl des Ministerpräsidenten nicht die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Einsetzung eines Reichskommissars gegeben seien. Man betont u. a., daß in Bayern bereits seit dem 8. August 1930 eine geschäftsführende Regierung amtiert, und daß auch in Sachsen, Hessen und anderen Ländern geschäftsführende Kabinette am Ruder sind. Man könne nicht Preußen für etwaige Finanzschwierigkeiten verantwortlich machen, die deshalb entständen, weil das Reich jetzt die 100 Millionen nicht zahlen wolle, für die Preußen seine Siedlungsanteile an das Reich abgegeben habe.

#### Kerrls Antwort an den Reichskanzler

**Berlin**, 7. Juni. Der Präsident des preußischen Landtages, Kerrl, hat dem Reichskanzler auf dessen Schreiben wegen der Regierungsbildung in Preußen die Antwort erteilt, daß der Aeltestenrat des Landtages für Freitagnachmittag einberufen sei, um zu dem Schreiben des Kanzlers Stellung zu nehmen. Eine sachliche Stellungnahme des Landtagspräsidenten selbst ist in dem Antwortschreiben nicht enthalten. Die Veröffentlichung des Wortlautes des Kanzlerbriefes ist nicht beabsichtigt.

# Die alte Leier

## Regierungserklärung im französischen Parlament

**Paris**, 7. Juni. In der Regierungserklärung, die Ministerpräsident Herriot heute in der Kammer und Justizminister Renoult im Senat verlasen, heißt es: Außenpolitisch wird sich die Regierung von der so dringlichen Notwendigkeit der allgemeinen Organisierung des Friedens in Europa und der ganzen Welt leiten lassen. Sie wird alles tun, was von ihr abhängt, um zu einer Politik der Entspannung, einer wirtschaftlichen Entente und der moralischen Abrüstung beizutragen.

**Bezüglich der Reparationen könne sich Frankreich keine Rechte aus den Verträgen bestreiten lassen, die durch die Ehre der Unterschriften geschützt seien.**

Die Welt würde, wenn sie dem Einfluß des Rechtes entzogen würde, wieder unter den Einfluß der Gewalt geraten. Die französische Regierung sei sich, wenn sie diese Grundsätze hervorhebe, bewußt, nicht egoistische Vorrechte zu verteidigen, sondern Weltinteressen (Intérêts universelles). Im übrigen sei die französische Regierung bereit, über jeden Plan zu beraten oder jede Initiative zu ergreifen, die einer größeren Stabilität in der Welt oder der Wiederaussöhnung dienen könnten. In Uebereinstimmung mit dem Völkerbundsstatut, das die grundlegende Charta der ganzen Zukunft sei, und mit dem Geiste des Kellogg-Antikriegspaktes suche die französische Regierung die Sicherheit nicht für Frankreich allein, sondern für alle Völker, da nach französischer Auffassung das gleiche Recht für alle gelte. Die französische Regierung sei allen Lösungen oder Teillösungen günstig gesinnt, die im Laufe der Genfer Besprechungen und nach einem loyalen Vergleich der Rüstungen ohne Gefährdung der nationalen Sicherheit Erleichterungen der Militärlasten gestatten und einen Schritt in Richtung auf die allmähliche, gleichzeitige, kontrollierte Abrüstung hin darstellen würden. Schon jetzt werde die Regierung, um sich diesem Bemühen anzuschließen, alle nur möglichen Einsparungen verwirklichen, allerdings ohne unvorsichtig zu sein. Frankreich stehe dem Elend so zahlreicher Völker nicht gleichgültig gegenüber. Die Welt sei in Unordnung. Ein starker Wille könne wenigstens die moralischen Befürchtungen beseitigen und so die Wirtschaftskrise mildern, in dem das Mißtrauen und die Not zurückgedrängt würden. Zu einer solchen Lösung sei die französische Regierung bereit. Zum Schluß fordert die Regierungserklärung das Vertrauen des Parlaments.

#### Vertrauensvotum der Kammer für Herriot

**Paris**, 7. Juni. Die Kammer hat mit 390 gegen 152 Stimmen durch Annahme der von den Sozialisten und Radikalen vorgeschlagenen Entschließung dem Kabinett Herriot das Vertrauen ausgesprochen.

## Die Finanzberatungen der Reichsregierung

**Berlin**, 7. Juni. Zu den Mitteilungen über die heutige Kabinettssitzung erfahren wir, daß die neue Notverordnung der Reichsregierung voraussichtlich in der ersten Hälfte der nächsten Woche herauskommen wird. Praktisch handelt es sich dabei um zwei Notverordnungen, nämlich einmal um den Etat, zum anderen um die Maßnahmen zur Sicherung der Finanzen, denen gleichzeitig jene über die öffentliche Ordnung und Sicherheit angefügt werden dürften. Der Etat erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli bis 1. April, also auf neun Monate. Bekanntlich ist für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni d. J. bereits eine Regelung getroffen worden, und zwar im Zusammenhang mit der vom Kabinett Brüning vorgenommenen Umlegung des Beginns des Etatsjahres auf den 1. Juli. Die Ersparnismaßnahmen, die in der Mitteilung über die heutige Kabinettssitzung angekündigt worden sind, beziehen sich auf sachliche Ausgaben, d. h. also, daß Gehaltskürzungen nicht beabsichtigt sind. Ob es doch zur Einführung der Beschäftigtensteuer kommt, ist offenbar noch nicht ganz genau geklärt. Ein wesentlicher Teil der Ersparnismaßnahmen bezieht sich auf jene Kapitel, die unter dem Begriff Versicherungsetat zusammengefaßt werden und die im ganzen die Summe von 3,018 Milliarden ergeben. Auf diesem Gebiete sind anscheinend weitere Abstriche geplant. Zum größten Teil dürfte es sich aber darum handeln, andere Deckungsmöglichkeiten als bisher zu suchen. Im einzelnen ist die Verwirklichung dieser neuen Ideen den Kabinettsberatungen der nächsten Tage vorbehalten. Als sicher kann aber schon jetzt angenommen werden, daß eine Zusammenlegung der drei verschiedenen Arten der Arbeitslosenhilfe nicht in Frage kommt.

## Sonnabend Ministerpräsidentenkonferenz

**Berlin**, 7. Juni. Wie wir erfahren, sind die Ministerpräsidenten der Länder auf Sonnabendvormittag zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen worden. Es ist wohl anzunehmen, daß der Reichskanzler sich bei dieser Gelegenheit den führenden Vertretern der Länder vorstellen will und darüber hinaus die aktuellen innenpolitischen Fragen zur Sprache kommen werden.

### Die Stellung der NSDAP. zur Regierung von Papen

**München**, 7. Juni. Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt über die Haltung der NSDAP. zur Regierung von Papen, dieses Kabinett sei nicht von der NSDAP. gebildet; die NSDAP. werde auch das neue Kabinett nach seinen Taten beurteilen. Bei der Reichstagswahl könne nicht abgeurteilt werden über die Taten einer Regierung, deren Arbeit kaum begonnen und die dieses Volksgericht lediglich verfassungsmäßig ermöglicht habe. Was nach diesem Volksgericht zu geschehen habe, werde Sache derjenigen sein, die vom Vertrauen des Volkes zur Führung berufen werden.

#### Abschiedsempfang Dr. Brünings beim Reichspräsidenten

**Berlin**, 7. Juni. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den bisherigen Reichskanzler Dr. Brüning zur Verabschiedung.

SLUB
Wir führen Wissen.